

Urnenabstimmung
vom Sonntag, 13. Juni 2021

Totalrevision der Statuten des
Zweckverbandes Berufswahlschule Bezirk Horgen
(BWS Bezirk Horgen)

Antrag und Bericht



BERUFSWAHLSCHULE BEZIRK HORGEN

Wir unterbreiten den Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden zur Abstimmung an der Urne:

Totalrevision der Statuten des Zweckverbandes Berufswahlschule Bezirk Horgen (BWS Bezirk Horgen)

	Seite
Antrag	3
Bericht	3
1. Ausgangslage	3
2. Revisionsverfahren	3
3. Die wichtigsten Neuerungen	4
4. Würdigung	6
Empfehlungen an die Stimmberechtigten	6
Statuten der Berufswahlschule Bezirk Horgen (Vorlage)	7

Antrag

Den Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden wird folgender **Antrag** unterbreitet:

Zustimmung zur Totalrevision der Statuten des Zweckverbandes Berufswahlschule Bezirk Horgen (BWS Bezirk Horgen).

Bericht

1. Ausgangslage

Am 1. Januar 2018 ist das neue Gemeindegesetz in Kraft getreten. Es verlangt von den Zweckverbänden die Einführung eines eigenen Haushalts mit eigener Bilanz sowie verschiedene formale Anpassungen.

Auch der Zweckverband Berufswahlschule Bezirk Horgen (BWS) muss aufgrund der kantonalen Vorgaben seine Statuten revidieren. Im Zuge der Revision sollen die Statuten zudem punktuell den aktuellen Anforderungen angepasst werden.

Die bestehende Organisationsstruktur des Zweckverbandes hat sich bewährt. Grundlegende Änderungen drängen sich nicht auf. Auch an den Tätigkeiten und Zuständigkeiten des Zweckverbands ändert sich durch die neuen Statuten grundsätzlich nichts. Der Zweckverband erfüllt unverändert die Aufgabe, den im Verbandsgebiet wohnenden Schulabgängerinnen und Schulabgängern ein bedarfsgerechtes Angebot an Berufsvorbereitungsjahren zur Verfügung zu stellen. Auch das System der Betriebskosten-Finanzierung bleibt unverändert.

2. Revisionsverfahren

Die Schulkommission (Verbandsvorstand) der BWS Bezirk Horgen hat aufgrund der kantonalen Vorgaben die neuen Statuten erarbeitet, diese beim kantonalen Gemeindeamt in die Vorprüfung gegeben sowie den Zweckverbandsgemeinden zur Vernehmlassung zugestellt.

Die Ergebnisse der kantonalen Vorprüfung wurden berücksichtigt. Die Stellungnahmen der Gemeinden beinhalteten keine Änderungsanträge.

Die Schulkommission verabschiedete die Vorlage an ihrer Sitzung vom 2. Oktober 2019 zuhänden der Delegiertenversammlung, welche ihrerseits der Vorlage am 6. November 2019 einstimmig zugestimmt hat. Die pandemiebedingte Verschiebung der Volksabstimmung erforderte in der Folge noch eine Anpassung von Daten.

Die Inkraftsetzung der revidierten Statuten erfolgt auf den 1. Januar 2022 (vorbehältlich der Genehmigung durch den Regierungsrat).

3. Die wichtigsten Neuerungen

Die Neuerungen gegenüber den bisherigen Regelungen bestehen einerseits in zwingenden Anpassungen nach kantonalem Recht und andererseits in eher untergeordneten Anpassungen an die seit der letzten Revision geänderten Verhältnisse.

Die wichtigsten Anpassungen im Einzelnen:

Bestand (Artikel 1):

Der Bestand (Verbandsgemeinden) wird den Veränderungen der Gemeindestrukturen im Bezirk Horgen angepasst.

Publikation und Information (Artikel 7):

Amtliche Mitteilungen werden neu auf der Website des Zweckverbands veröffentlicht und sind dauerhaft zugänglich. Bisher erfolgten diese in der Tageszeitung resp. in den Publikationsorganen der Verbandsgemeinden.

Volksinitiative und fakultatives Referendum (Artikel 12 und 13):

Die erforderlichen Unterschriftenzahlen werden massvoll erhöht (für die Einreichung einer Volksinitiative von 500 auf 1'000, für ein fakultatives Referendum von 200 auf 500 Unterschriften). Damit sollen Abstimmungen mit geringen Erfolgchancen vermieden werden.

Finanzkompetenzen (Artikel 11, 14, 19 und 28):

Die Finanzkompetenzen der Behörden werden massvoll angehoben. Die Schulkommission gewinnt damit im operativen Bereich an Handlungsfähigkeit. Die Kompetenzerweiterung der Delegiertenversammlung bezweckt, dass der Aufwand einer Volksabstimmung in einem vernünftigen Verhältnis zum Kreditbetrag steht.

Finanzkompetenzen	bisher Fr.	neu Fr.
Stimmberechtigte (Art.11) <ul style="list-style-type: none">• einmalig• wiederkehrend	über 250'000 über 150'000	über 400'000 über 200'000
Referendum möglich (Art.14) <ul style="list-style-type: none">• einmalig• wiederkehrend	ab 50'000 ab 10'000	ab 100'000 ab 50'000
Delegiertenversammlung (Art.19) <ul style="list-style-type: none">• einmalig• wiederkehrend	bis 250'000 bis 150'000	bis 400'000 bis 200'000
Schulkommission (Art.28) <ul style="list-style-type: none">• einmalig• wiederkehrend	bis 10'000 (max. 10'000/Jahr) bis 5'000 (max. 10'000/Jahr)	bis 25'000 (max. 50'000/Jahr) bis 10'000 (max. 25'000/Jahr)

Die Verbandsgemeinden (Artikel 15 und 16):

Gemäss dem neuen Gemeindegesetz beschliessen in den Verbandsgemeinden neu zwingend die Stimmberechtigten an der Urne über die Änderung der Statuten, die Kündigung der Mitgliedschaft beim Verband und die Auflösung des Zweckverbands (Artikel 15). Grundlegende Statutenänderungen bedürfen der Zustimmung aller Verbandsgemeinden (Artikel 16).

Anfragerecht der Delegierten (Artikel 25):

Jedes Mitglied der Delegiertenversammlung hat gegenüber der Schulkommission ein Anfragerecht zu allen Angelegenheiten des Zweckverbands.

Befugnisse der Schulkommission (Artikel 27 bis 29):

Die Schulkommission kann bestimmte Aufgaben zur selbständigen Erledigung delegieren (Artikel 27 und 28, jeweils Absatz 2), neu auch an Angestellte. Sie muss die delegierten Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse in einem Erlass regeln (Artikel 29). Die Aufgaben können so stufengerechter und effizienter bewältigt werden.

Prüfstelle (Artikel 37 und 38):

Da der Zweckverband unter dem neuen Gemeindegesetz einen eigenen Haushalt führt, muss eine Prüfstelle, die von der Schulkommission und der Rechnungsprüfungskommission gemeinsam bestimmt wird, Rechnungslegung und Buchführung finanztechnisch prüfen.

Anstellungsbedingungen (Artikel 39):

Für das Personal des Zweckverbands gilt künftig grundsätzlich nur noch das kantonale Personalrecht; der Bezug auf die Regelungen der Gemeinde Horgen entfällt.

Verbandshaushalt (Artikel 41 bis 45):

Der Zweckverband verfügt neu über einen eigenen Haushalt mit eigener Bilanz gemäss kantonalem Recht. Dies hat auch Auswirkungen auf die Art der Finanzierung der Investitionen (Artikel 43). Das zuständige Verbandsorgan kann mit der Bewilligung einer neuen Ausgabe die Verbandsgemeinden zur Gewährung von gemeinsamen Darlehen verpflichten.

Austritt, Auflösung und Liquidation (Artikel 48 und 49):

Für diese Fälle werden die finanziellen Folgen für die einzelnen Gemeinden präziser geregelt (Artikel 48 und 49, jeweils Absatz 2).

Umwandlung der Investitionsbeiträge (Artikel 51):

Investitionsbeiträge der Verbandsgemeinden werden auf den Zeitpunkt der Inkraftsetzung der Statuten in unverzinsliche Beteiligungen der Gemeinden umgewandelt; der Umwandlungswert entspricht dem Restbuchwert der Anlagen.

4. Würdigung

Mit den neuen Statuten erhält der Zweckverband zeitgemässe Regelungen, die es ermöglichen, die künftigen Herausforderungen im Interesse der Gemeinden und der Bevölkerung des Bezirks Horgen zu bewältigen und qualitativ gute und effiziente Dienstleistungen zu erbringen. Die neuen Statuten tragen den Interessen der Gemeinden Rechnung. Die Neuerungen sind breit abgestützt und waren unbestritten.

Empfehlungen an die Stimmberechtigten

Die **Abstimmungsfrage** lautet: «Stimmen Sie der Totalrevision der Statuten des Zweckverbandes Berufswahlschule Bezirk Horgen (BWS Bezirk Horgen) zu?»

Die **Schulkommission** (Verbandsvorstand) und die **Delegiertenversammlung** des Zweckverbandes Berufswahlschule Bezirk Horgen empfehlen: **ja**

Die zuständigen **Behörden aller Verbandsgemeinden** empfehlen: **ja**

Die **Rechnungsprüfungskommission** der Gemeinde Horgen, die zugleich auch als Rechnungsprüfungskommission des Zweckverbandes amtiert, ersucht die Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden, die revidierten Statuten zu genehmigen (Beschluss vom 14. Januar 2020).

Zweckverband Berufswahlschule Bezirk Horgen
Seestrasse 64
8942 Oberrieden

www.bws-horgen.ch

Statuten der Berufswahlschule Bezirk Horgen

vom ...

1. Bestand und Zweck

Art. 1 Bestand

¹Die Politischen Gemeinden Adliswil, Langnau am Albis, Kilchberg, Oberrieden, Richterswil, Rüslikon, Thalwil, Horgen und die Oberstufenschulgemeinde Wädenswil bilden unter dem Namen «Berufswahlschule Bezirk Horgen» («BWS Bezirk Horgen») auf unbestimmte Dauer einen Zweckverband nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes.

²Der Zweckverband hat seinen Sitz in Horgen.

Art. 2 Zweck

¹Der Zweckverband stellt sicher, dass den im Verbandsgebiet wohnenden Schulabgängerinnen und Schulabgängern ein bedarfsgerechtes Angebot an Berufsvorbereitungsjahren zur Verfügung steht.

²Die Berufswahlschule Bezirk Horgen bereitet Personen mit individuellen Bildungsdefiziten am Ende der obligatorischen Schulzeit auf den Einstieg in die berufliche Grundbildung vor.

Art. 3 Beitritt weiterer Gemeinden

Der Beitritt weiterer Gemeinden zum Zweckverband erfordert eine Statutenrevision.

2. Organisation

2.1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 4 Organe

Die Organe des Zweckverbands sind:

1. die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets;
2. die Verbandsgemeinden;
3. die Delegiertenversammlung;
4. die Schulkommission (Verbandsvorstand);
5. die Rechnungsprüfungskommission (RPK).

Art. 5 Amtsdauer

Für die Mitglieder der Delegiertenversammlung, der Schulkommission und der Rechnungsprüfungskommission beträgt die Amtsdauer vier Jahre. Sie fällt mit derjenigen der Gemeindebehörden zusammen.

Art. 6 Zeichnungsberechtigung

¹Rechtsverbindliche Unterschrift für den Zweckverband führen der Präsident oder die Präsidentin der Schulkommission und der Rektor oder die Rektorin gemeinsam.

²Die Schulkommission kann die Zeichnungsberechtigung im Interesse eines ordentlichen Betriebsablaufs für sachlich begrenzte Bereiche im Betrag limitieren oder anders ordnen.

Art. 7 Publikation und Information

¹Der Zweckverband nimmt die amtliche Publikation seiner Erlasse und allgemein verbindlichen Beschlüsse mit elektronischen Mitteln vor.

²Der Zweckverband sorgt für eine dauerhafte elektronische Zugänglichkeit seiner Erlasse.

³Die Bevölkerung ist im Sinne des kantonalen Gesetzes über die Information und den Datenschutz periodisch über wesentliche Verbandsangelegenheiten zu informieren.

Art. 8 Offenlegung der Interessenbindungen

¹Die Mitglieder der Schulkommission, der Delegiertenversammlung und der Rechnungsprüfungskommission legen ihre Interessenbindungen offen. Insbesondere geben sie Auskunft über:

1. ihre beruflichen Tätigkeiten;
2. ihre Mitgliedschaften in Organen und Behörden der Gemeinden, des Kantons und des Bundes;
3. ihre Organstellungen in und wesentlichen Beteiligungen an Organisationen des privaten Rechts.

²Die Interessenbindungen werden veröffentlicht.

2.2. Die Stimmberechtigten des Zweckverbands

2.2.1. Allgemeines

Art. 9 Stimmrecht

Die in kommunalen Angelegenheiten stimmberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner aller Verbandsgemeinden sind die Stimmberechtigten des Zweckverbands.

Art. 10 Verfahren

¹Die Stimmberechtigten stimmen an der Urne. Das Verfahren richtet sich nach der kantonalen Gesetzgebung. Die Schulkommission verabschiedet die Vorlage zuhanden der Urnenabstimmung. Wahlleitende Behörde ist der Gemeindevorstand der Sitzgemeinde.

²Eine Vorlage ist angenommen, wenn ihr die Mehrheit der Stimmen und die Mehrheit der Verbandsgemeinden zustimmt.

Art. 11 Zuständigkeit

Den Stimmberechtigten des Zweckverbands stehen zu:

1. die Einreichung von Volksinitiativen;
2. die Ergreifung des fakultativen Referendums;
3. die Abstimmung über rechtmässige Referendums- und Initiativbegehren, unter Vorbehalt der Zuständigkeit der Verbandsgemeinden für die Änderung der Statuten und die Auflösung des Zweckverbands;
4. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 400'000 und von neuen wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 200'000.

2.2.2. Volksinitiative

Art. 12 Volksinitiative

¹Eine Volksinitiative kann über Gegenstände eingereicht werden, die dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstehen.

²Mit einer Volksinitiative kann ausserdem die Änderung der Statuten und die Auflösung des Zweckverbands verlangt werden.

³Die Volksinitiative ist zu Stande gekommen, wenn sie von mindestens 1000 Stimmberechtigten unterstützt wird.

2.2.3. Fakultatives Referendum

Art. 13 Beschlüsse der Delegiertenversammlung

Einer Abstimmung an der Urne unterliegen ferner Beschlüsse der Delegiertenversammlung,

1. wenn 500 Stimmberechtigte innert 60 Tagen nach der amtlichen Veröffentlichung des Beschlusses der Delegiertenversammlung bei der Schulkommission das schriftliche Begehren um Anordnung einer Urnenabstimmung einreichen (Volksreferendum);
2. wenn ein Drittel der Mitglieder der Delegiertenversammlung innert 14 Tagen nach der Beschlussfassung ein solches Begehren stellt (Delegiertenreferendum).

Art. 14 Ausschluss des Referendums

Folgende Geschäfte der Delegiertenversammlung können der Urnenabstimmung nicht unterstellt werden:

1. die Festsetzung des Budgets;
2. die Genehmigung der Jahresrechnung;
3. Beschlüsse über einmalige Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis zu Fr. 100'000 oder jährlich wiederkehrende Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis zu Fr. 50'000;
4. die Genehmigung von Abrechnungen über neue Ausgaben;
5. Anträge an die Verbandsgemeinden;
6. die Wahlen;
7. ablehnende Beschlüsse, ausgenommen abgelehnte Volksinitiativen;

8. Verfahrensentscheide bei der Behandlung von Initiativen und von Vorstössen der Delegierten.

2.3. Die Verbandsgemeinden

Art. 15 Aufgaben und Kompetenzen der einzelnen Verbandsgemeinden

¹Die Stimmberechtigten der einzelnen Verbandsgemeinden beschliessen je an der Urne über:

1. die Änderung dieser Statuten;
2. die Kündigung der Mitgliedschaft beim Verband;
3. die Auflösung des Zweckverbands.

²Bei Urnenabstimmungen in den Verbandsgemeinden über die Auflösung des Zweckverbands sowie über grundlegende Änderungen der Statuten übt das Gemeindeparlament oder in Versammlungsgemeinden der Gemeindevorstand ein eigenes Antragsrecht neben dem Antragsrecht der Schulkommission aus.

Art. 16 Beschlussfassung

¹Ein Antrag an die Verbandsgemeinden ist angenommen, wenn die Mehrheit der Verbandsgemeinden ihm zugestimmt hat. Solche Mehrheitsbeschlüsse sind auch für die nicht zustimmenden Verbandsgemeinden verbindlich.

²Grundlegende Änderungen der Statuten bedürfen der Zustimmung aller Verbandsgemeinden. Grundlegend sind Änderungen, die folgende Gegenstände regeln:

1. wesentliche Aufgaben des Zweckverbands;
2. die Grundzüge der Finanzierung;
3. Austritt und Auflösung;
4. die Mitwirkungsmöglichkeiten der Stimmberechtigten und der Verbandsgemeinden.

2.4. Delegiertenversammlung

Art. 17 Zusammensetzung

¹Jede Verbandsgemeinde ist mit einem Mitglied in der Delegiertenversammlung vertreten.

²Die Gemeindevorstände bestimmen die Delegierten und deren Stellvertretung.

Art. 18 Konstituierung

Die Delegiertenversammlung konstituiert sich unter dem Vorsitz ihres bisherigen Präsidenten oder ihrer bisherigen Präsidentin. Sie wählt:

1. die Präsidentin oder den Präsidenten sowie die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten;
2. die Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler.

Art. 19 Kompetenzen

Die Delegiertenversammlung ist insbesondere zuständig für:

1. die Oberaufsicht über den Zweckverband;
2. die Festlegung der strategischen Ausrichtung;
3. die Beratung von und Antragstellung zu allen Vorlagen, über welche die Stimmberechtigten oder die Verbandsgemeinden beschliessen;
4. Erlasse von grundlegender Bedeutung;
5. ihren Organisationserlass;
6. die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin, des Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentin und der übrigen Mitglieder der Schulkommission, die alle nicht der Delegiertenversammlung angehören dürfen;
7. die Einsetzung der Rechnungsprüfungskommission;
8. die Beschlussfassung über Anträge der Schulkommission zu Initiativen;
9. die Festsetzung des Grundbeitrages der Gemeinden pro Einwohner gemäss Art. 42;
10. die Festsetzung des Budgets;
11. die Genehmigung der Jahresrechnung;
12. die Kenntnisnahme vom Finanz- und Aufgabenplan;
13. die Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes;

14. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 400'000 und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 200'000 für einen bestimmten Zweck, soweit nicht die Schulkommission zuständig ist;
15. die Genehmigung der Abrechnungen über alle neuen Ausgaben, die sie selbst bewilligt hat oder die die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets bewilligt haben;
16. die Festlegung der Entschädigung der Verbandsorgane.

Art. 20 Vorsitz und Sekretariat

¹Die Präsidentin oder der Präsident oder die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident des Zweckverbands leitet die Delegiertenversammlung.

²Die Rektorin oder der Rektor führt das Sekretariat des Zweckverbands.

Art. 21 Einberufung

¹Die Schulkommission beruft die Delegiertenversammlung bei Bedarf, in der Regel jedoch mindestens zweimal pro Jahr ein.

²Drei Delegierte können unter Bezeichnung der Beratungsgegenstände und mit Begründung die Einberufung der Delegiertenversammlung verlangen.

³Die Delegiertenversammlungen sind, dringliche Fälle vorbehalten, mindestens 20 Tage vorher unter Bezeichnung der Beratungsgegenstände samt zugehöriger Begründungen den Delegierten anzuzeigen und öffentlich bekannt zu machen.

Art. 22 Beschlussfähigkeit und Stimmabgabe

¹Die Delegiertenversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist.

²Die Delegiertenversammlung beschliesst auf Antrag der Schulkommission. Die Delegierten können zu den Anträgen der Schulkommission Änderungsanträge stellen.

³Die Mitglieder der Schulkommission sind berechtigt, an der Sitzung der Delegiertenversammlung mit beratender Stimme teilzunehmen; sie haben ein Antragsrecht. Die Schulkommission muss mit mindestens einem Mitglied, in der Regel ihrem Präsidenten oder ihrer Präsidentin, vertreten sein.

Art. 23 Wahlen und Abstimmungen

¹In der Delegiertenversammlung erfolgen Wahlen und Abstimmungen in der Regel offen. Auf Verlangen von 1/4 der anwesenden Delegierten muss geheim abgestimmt werden.

²Bei Wahlen gilt im ersten und zweiten Wahlgang das absolute Mehr, beim dritten Wahlgang das relative Mehr der Stimmen.

³Bei Abstimmungen gilt das einfache Mehr der Stimmen. Die Präsidentin oder der Präsident stimmt nicht mit. Bei Stimmengleichheit trifft sie oder er den Stichentscheid.

Art. 24 Öffentlichkeit der Verhandlungen

Die Verhandlungen der Delegiertenversammlung sind öffentlich.

Art. 25 Anfragerecht der Delegierten

¹Jede und jeder Delegierte kann Anfragen zu Angelegenheiten des Zweckverbands einreichen und deren Beantwortung in der Delegiertenversammlung verlangen.

²Die Anfrage ist spätestens 14 Tage vor der Delegiertenversammlung bei der Schulkommission schriftlich einzureichen und wird von dieser spätestens einen Tag vor der Delegiertenversammlung schriftlich beantwortet.

³In der Delegiertenversammlung werden die Anfrage und die Antwort bekannt gegeben. Der oder die anfragende Delegierte kann zur Antwort Stellung nehmen.

⁴Die Delegiertenversammlung kann beschliessen, dass eine Diskussion stattfindet.

2.5. Die Schulkommission

Art. 26 Zusammensetzung

¹Die Schulkommission (Verbandsvorstand) besteht aus 7 Mitgliedern. Sie konstituiert sich mit Ausnahme des Präsidiums und des Vizepräsidiums selbst.

²Die Regionen des Bezirks sollen angemessen vertreten sein. Eines der Mitglieder vertritt die Sitzgemeinde.

Art. 27 Allgemeine Befugnisse

¹Der Schulkommission stehen unübertragbar zu:

1. die politische Planung, Führung und Aufsicht;
2. die Verantwortung für den Verbandshaushalt;
3. die Beratung von und Antragsstellung zu Geschäften in der Zuständigkeit der Delegiertenversammlung;
4. Erlasse, die nicht in die Zuständigkeit der Delegiertenversammlung fallen;
5. Beschluss über besondere Vollzugsbestimmungen gemäss Art. 39;
6. die Ernennung des Rektors oder der Rektorin (Geschäftsleitung);
7. die Vertretung des Zweckverbands nach aussen und die Bestimmung der rechtsverbindlichen Unterschriften;
8. die Besorgung sämtlicher Verbandsangelegenheiten, soweit dafür nicht ein anderes Organ zuständig ist;
9. das Recht, seine von der Delegiertenversammlung geänderten Anträge neben deren Beschlüssen der Urnenabstimmung zu unterbreiten.

²Der Schulkommission stehen im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht delegiert werden können:

1. der Vollzug der Beschlüsse der übergeordneten Verbandsorgane;
2. der Erlass von Grundsätzen und Weisungen zur Betriebsführung;
3. die Anstellung und Entlassung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter;
4. die Organisation des Unterrichts;
5. die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern;
6. die regelmässige Information der Verbandsgemeinden über die Geschäftstätigkeit des Zweckverbands;
7. das Handeln für den Verband nach aussen;
8. die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung;
9. die übrige Aufsicht in der Verbandsverwaltung.

Art. 28 Finanzbefugnisse

¹Der Schulkommission stehen unübertragbar zu:

1. die Erstellung der Budgetvorlage und die Antragstellung an die Delegiertenversammlung;
2. die Beschlussfassung über den Finanz- und Aufgabenplan;
3. die Beschlussfassung über die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht;
4. die Bewilligung von neuen, im Budget nicht enthaltenen, einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 25'000 und bis insgesamt Fr. 50'000 pro Jahr sowie von neuen, im Budget nicht enthaltenen, wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 10'000 und bis insgesamt Fr. 25'000 pro Jahr.

²Der Schulkommission stehen im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht delegiert werden können:

1. der Ausgabenvollzug;
2. gebundene Ausgaben;
3. die Bewilligung von neuen, im Budget enthaltenen, einmaligen Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 25'000 und von neuen, im Budget enthaltenen, wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 10'000;
4. die Schaffung von Stellen, die für die Erfüllung bestehender Aufgaben notwendig sind, sowie die Schaffung neuer Stellen gemäss ihrer Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben.

Art. 29 Aufgabendelegation

¹Die Schulkommission kann bestimmte Aufgaben an einzelne ihrer Mitglieder, an ihre Ausschüsse oder an Angestellte zur selbständigen Erledigung delegieren.

²Die Schulkommission setzt eine Rektorin oder einen Rektor als Geschäftsleitung ein.

³Die Schulkommission regelt die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse, die sie an ihre Mitglieder und Ausschüsse, an den Rektor oder die Rektorin (Geschäftsleitung) und an Angestellte delegiert, in einem Erlass.

Art. 30 Einberufung und Teilnahme

¹Die Schulkommission tritt auf Einladung ihrer Präsidentin oder ihres Präsidenten und auf Verlangen von mindestens einem Drittel ihrer Mitglieder zusammen. Die Mitglieder sind zur Teilnahme an den Sitzungen verpflichtet.

²Die Verhandlungsgegenstände sind den Mitgliedern mindestens 7 Tage vor der Sitzung in einer Einladung schriftlich anzuzeigen.

³Die Schulkommission kann Dritte mit beratender Stimme beiziehen.

Art. 31 Beschlussfassung

¹Die Schulkommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.

²Die Schulkommission beschliesst mit einfachem Mehr der Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der Präsidentin oder des Präsidenten den Ausschlag.

³Die Mitglieder sind zur Stimmabgabe verpflichtet. Die Stimmabgabe erfolgt offen.

2.6. Die Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Art. 32 Zusammensetzung

Als Rechnungsprüfungskommission des Zweckverbands amtiert eine von der Delegiertenversammlung bestimmte Rechnungsprüfungskommission einer Verbandsgemeinde. Die Rechnungsprüfungskommission jeder anderen Verbandsgemeinde hat jederzeit das Recht, die Buchhaltung des Zweckverbands einzusehen.

Art. 33 Aufgaben

¹Die Rechnungsprüfungskommission prüft alle Anträge von finanzieller Tragweite an die Verbandsgemeinden, an die Delegiertenversammlung und an die Stimmberechtigten des Verbandsgebiets, insbesondere Anträge betreffend das Budget, die Jahresrechnung und Verpflichtungskredite.

²Ihre Prüfung umfasst die finanzrechtliche Zulässigkeit, die rechnerische Richtigkeit und die finanzielle Angemessenheit.

³Sie erstattet der Delegiertenversammlung schriftlich Bericht und Antrag.

Art. 34 Beschlussfassung

¹Die Rechnungsprüfungskommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.

²Sie beschliesst mit einfachem Mehr der Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der Präsidentin oder des Präsidenten den Ausschlag.

³Die Mitglieder sind zur Stimmabgabe verpflichtet. Die Stimmabgabe erfolgt offen.

Art. 35 Herausgabe von Unterlagen und Auskünfte

¹Mit den Anträgen legt die Schulkommission der Rechnungsprüfungskommission die zugehörigen Akten vor.

²Im Übrigen richten sich die Herausgabe von Unterlagen und die Erteilung von Auskünften an die Rechnungsprüfungskommission nach dem Gemeindegesetz.

Art. 36 Prüfungsfristen

Die Rechnungsprüfungskommission prüft Budget und Jahresrechnung und die übrigen Geschäfte in der Regel innert 30 Tagen.

2.7. Prüfstelle

Art. 37 Aufgaben der Prüfstelle

¹Die Prüfstelle nimmt die finanztechnische Prüfung der Rechnungslegung und der Buchführung vor.

²Sie erstattet der Schulkommission, der Rechnungsprüfungskommission und dem Bezirksrat umfassend Bericht über die finanztechnische Prüfung.

³Die Prüfstelle erstellt zudem einen Kurzbericht, der Bestandteil der Jahresrechnung ist.

Art. 38 Einsetzung der Prüfstelle

Die Schulkommission und die Rechnungsprüfungskommission bestimmen mit übereinstimmenden Beschlüssen die Prüfstelle.

3. Personal und Arbeitsvergaben

Art. 39 Anstellungsbedingungen

¹Für das Personal des Zweckverbands gelten grundsätzlich die gleichen Anstellungs- und Besoldungsbedingungen wie für das Personal des Kantons Zürich. Die Schulkommission kann besondere Vollzugsbestimmungen beschliessen.

²Die Delegiertenversammlung kann vom kantonalen Personalrecht abweichende Regelungen erlassen.

Art. 40 Öffentliches Beschaffungswesen

Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, Arbeiten und Lieferungen richtet sich nach dem übergeordneten Recht über das öffentliche Beschaffungswesen.

4. Verbandshaushalt

Art. 41 Finanzhaushalt

¹Massgebend für den Finanzhaushalt und die Rechnungslegung des Zweckverbands sind das Gemeindegesetz, die Gemeindeverordnung sowie die besonderen Haushaltsvorschriften aus Spezialgesetzen.

²Bis zum 15. Februar jeden Jahres liefert die Schulkommission den Verbandsgemeinden die Zahlen, die sie für die Erstellung ihrer Jahresrechnungen benötigen, und bis zum 31. August jeden Jahres die Zahlen zur Erstellung ihrer Budgets.

Art. 42 Finanzierung der Betriebskosten

Die nicht durch Einnahmen gedeckten Betriebskosten des Zweckverbands werden von den Verbandsgemeinden durch einen Grundbeitrag pro Einwohner der Gemeinde und darüber hinaus durch einen Beitrag pro aufgenommenen Schüler oder aufgenommener Schülerin aus der entsprechenden Gemeinde getragen.

Art. 43 Finanzierung der Investitionen

¹Der Zweckverband kann seine Investitionen über Darlehen der Verbandsgemeinden oder Darlehen Dritter finanzieren. Die Gemeinden leisten ihre Darlehen einzeln oder gemeinsam.

²Darlehen einzelner Gemeinden werden in den Gemeinden als neue Ausgaben beschlossen.

³Mit der Bewilligung neuer Ausgaben für Investitionen, die durch das zuständige Verbandsorgan erfolgt, können die Verbandsgemeinden zur Gewährung von gemeinsamen Darlehen verpflichtet werden. Diese Darlehen leisten die Verbandsgemeinden im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen.

Art. 44 Beteiligungs- und Eigentumsverhältnisse

¹Die Verbandsgemeinden sind am Vermögen und Ergebnis des Zweckverbandes im Verhältnis der per 1. Januar 2022 oder später eingebrachten Werte beteiligt. Das Verhältnis der Beteiligungen der Verbandsgemeinden ändert sich durch Beitritt oder Austritt von Gemeinden.

²Der Zweckverband ist Eigentümer von Anlagen, die er erstellt oder erworben hat, von beweglichen Vermögensteilen und von Bar- und Wertschriftenvermögen.

Art. 45 Haftung

¹Die Verbandsgemeinden haften nach dem Zweckverband für die Verbindlichkeiten des Verbands nach Massgabe des kantonalen Haftungsgesetzes.

²Der Haftungsanteil richtet sich nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen.

5. Aufsicht und Rechtsschutz

Art. 46 Aufsicht

Der Verband untersteht der Staatsaufsicht nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes und der einschlägigen Spezialgesetzgebung.

Art. 47 Rechtsschutz und Verbandsstreitigkeiten

¹Gegen Beschlüsse der Verbandsorgane kann nach Massgabe des Verwaltungsrechtspflegegesetzes Rekurs oder Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat oder Rekurs bei einer anderen zuständigen Rekursinstanz eingereicht werden.

²Gegen Anordnungen und Erlasse von Mitgliedern oder Ausschüssen der Schulkommission, der Geschäftsleitung oder von anderen Angestellten kann bei der Schulkommission Neubeurteilung verlangt werden. Gegen die Neubeurteilung der Schulkommission kann Rekurs erhoben werden.
³Streitigkeiten zwischen Verband und Verbandsgemeinden sowie unter Verbandsgemeinden, die sich aus diesen Statuten ergeben, sind auf dem Weg des Verwaltungsprozesses nach den Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung zu erledigen.

6. Austritt, Auflösung und Liquidation

Art. 48 Austritt

¹Jede Verbandsgemeinde kann unter Wahrung einer Kündigungsfrist von 2 Jahren auf das Ende eines Schuljahres aus dem Verband austreten. Die Schulkommission kann diese Frist auf Antrag der betroffenen Gemeinde abkürzen.

²Die Beteiligung der austretenden Gemeinde am Eigenkapital des Zweckverbands wird auf den Austrittszeitpunkt in ein zinsloses Darlehen umgewandelt, das innert 5 Jahren zurückzuzahlen ist.

³Bereits eingegangene Verpflichtungen werden durch den Austritt nicht berührt.

Art. 49 Auflösung

¹Die Auflösung des Zweckverbands ist mit Zustimmung der Mehrheit aller Verbandsgemeinden möglich. Der Auflösungsbeschluss hat auch die Liquidationsanteile der einzelnen Gemeinden zu nennen.

²Bei der Auflösung des Zweckverbands bestimmen sich die Liquidationsanteile der Verbandsgemeinden nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen.

7. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 50 Einführung eigener Haushalt

¹Der Zweckverband führt ab dem 1. Januar 2022 einen eigenen Haushalt mit Bilanz.

²Der Zweckverband erstellt auf diesen Zeitpunkt eine Eingangsbilanz gemäss § 179 des Gemeindegesetzes.

Art. 51 Umwandlung der Investitionsbeiträge

¹Die von den Verbandsgemeinden bis zum 31. Dezember 2021 finanzierten und in den Gemeinderechnungen als Investitionsbeiträge bilanzierten Vermögenswerte werden im Sinn einer Sacheinlage auf den Zweckverband übertragen.

²Die Investitionsbeiträge, welche die Verbandsgemeinden seit 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 2021 an den Zweckverband geleistet haben, werden auf den 1. Januar 2022 in unverzinsliche Beteiligungen der Gemeinden umgewandelt.

³Der Umwandlungswert der Investitionsbeiträge, die in Beteiligungen der Verbandsgemeinden umgewandelt werden, ergibt sich aus den Restbuchwerten der Anlagen gemäss § 179 Abs. 2 des Gemeindegesetzes.

⁴Das Verhältnis der Investitionsbeiträge ergibt die Quote, zu der die Verbandsgemeinden zum Zeitpunkt der Einführung des eigenen Haushalts am Eigenkapital des Zweckverbands beteiligt sind.

Art. 52 Inkrafttreten

¹Diese Statuten treten nach Zustimmung durch die Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden auf den 1. Januar 2022 in Kraft.

²Die Statuten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Regierungsrates.

³Mit dem Inkrafttreten dieser Statuten werden die Statuten vom 10. Dezember 2009 (in Kraft seit 1. Januar 2010) aufgehoben.